

**Fans begeistern
und Erfolge feiern**
DFB-Direktor Bierhoff hofft
auf fette Jahre *Sport*



**„Generation der Gretas
wird einiges rocken“**
Schauspielerin Josefine Preuß
im Interview *Leute*

Freitag, 8. Oktober 2021 | Nr. 235 | 40. Woche

» Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE

Preis 2,20 € | RD

HEUTE
in Ihrer Zeitung

Heute **Morgen**
17° 4° 17° 3°
Hoffentlich ist auch der Nebel zum
Rückzug bereit. Den Rest macht
der Oktober dann von ganz alleine.

ESSEN
**Schulen wollen
Masken behalten**
Mögliche Lockerungen
seien überstürzt
Lokalseite 1

**Letzte Schächte auf
Prosper-Haniel verfüllt**

Bottrop. Knapp drei Jahre nach dem Ende des Steinkohlenbergbaus hat die RAG am Donnerstag damit begonnen, die letzten Schächte auf Prosper-Haniel in Bottrop mit Beton zu verfüllen. Hier förderten Kumpel Ende 2018 das letzte Stück Kohle zu Tage, das nun im Arbeitszimmer von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier steht. *Bericht Rhein-Ruhr*

**Hunderte Jobs bei
Uniper fallen weg**

Düsseldorf/Gelsenkirchen. Bangen um Hunderte Jobs in Gelsenkirchen beim Energiekonzern Uniper: Betriebsräte befürchten einen „Kahlschlag“ bei den Geschäftseinheiten Anlagenservice und Technologies. Hier seien allein in Gelsenkirchen „weit mehr als 600 Arbeitsplätze direkt betroffen“. Konzernweit sollen rund 1200 Stellen wackeln. *Bericht Wirtschaft*

**MSV Duisburg wirft
Trainer Dotchev raus**

Duisburg. Der MSV Duisburg hat auf seine sportliche Krise in der 3. Fußball-Liga reagiert und Pavel Dotchev am Donnerstag mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben als Cheftrainer entbunden. Übergangsweise soll die Mannschaft von Uwe Schubert, Leiter des MSV-Nachwuchszentrums, als Cheftrainer betreut werden. *Bericht Sport*

BÖRSE

Dax	15.251	(14.973; 6.10.)
Tec Dax	3619	(3.606; 6.10.)
Dow Jones	34.942	(34.417; 6.10.)
Euro	1,1562	(1,1542; 6.10.)

LESERSERVICE

0800 6060710
(kostenlose Servicenummer)



**Armin Laschet zum
Rückzug bereit**

Der CDU-Chef schlägt einen personellen
Neuanfang für die Partei vor

Bericht, Kommentar Tagesthema/Politik

FOTO: MICHAEL KAPPELER / DPA

**Opposition kritisiert
Chaos bei den Fluthilfen**

SPD: Verwaltungen überfordert. NRW will personell nachbessern

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Kurz vor der Konstituierung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe haben SPD und Grüne der NRW-Landesregierung schwere Versäumnisse bei der Flutopfer-Hilfe vorgeworfen. SPD-Fraktionsvize Christian Dahm sprach in einer Aktuellen Stunde des Landtags von „Organisationschaos und Organisationsversagen“. Die für die Bürger-Beratung und die Organisation der Hilfen zuständigen Verwaltungen seien personell mit der Corona- und der Fluthilfe überfordert und die Online-Anträge für die Betroffenen der Flutkatastrophe seien viel zu kompliziert.

Ein Beleg für die Mängel sei die Kündigung eines Abteilungsleiters

der Bezirksregierung Köln. Er hatte in einem Brief an Innenminister Herbert Reul (CDU) geschildert, dass sein Team mit der Antragsflut nicht zurechtkomme, und über „Ausbeutung“ geklagt. Es handele sich hier immerhin um „einen Mann aus der zweiten Reihe dieser Behörde, direkt nach der Regierungspräsidentin“, so Dahm. Die Hilferufe aus den Bezirksregierungen seien der Landesregierung seit langem bekannt.

Reul räumte ein, dass die Bezirksregierungen mit der Organisation der Fluthilfe belastet seien. Sie würden aber „Stück für Stück“ besser ausgestattet. Den Vorwurf, ein „Organisationschaos“ verursacht zu haben, nannte Reul eine „bodenlose Frechheit“. Die Wiederaufbauhilfe fange gerade erst an. „Wo gearbeitet wird, passieren auch Fehler“, sagte

Unions-Fraktionsvize Daniel Sieveke. Die SPD verbreite „Untergangsstimmung“. NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU) betonte, dass die von der SPD angesprochenen Probleme mit den Anträgen nur „Einzelfälle“ seien.

Rheinland-Pfalz setzt wie NRW bei den Hilfszahlungen auf ein Online-Antragsverfahren, laut Ministerin habe es zwei Wochen früher begonnen als im Nachbarland. Den Behörden lägen bisher rund 4500 Anträge vor. Insgesamt rechnet das Land mit rund 100.000 Anträgen. Für Privatleute, Unternehmer und weitere Geschädigte aus NRW stehen vorläufig 12,3 Milliarden Euro aus dem Wiederaufbaufonds von Bund und Ländern bereit. Bei der Katastrophe Mitte Juli waren in NRW 49 Menschen ums Leben gekommen. *Komm. 5.1/Ber. Rhein-Ruhr*

**Stiko empfiehlt
dritte Dosis für
über 70-Jährige**

Berlin. Die Ständige Impfkommission (Stiko) hat grundsätzlich eine Corona-Auffrischungsimpfung für Menschen ab 70 Jahren empfohlen. Zudem soll Bewohnern und Bewohnerinnen von Altenheimen sowie Pflege- und Medizinpersonal mit direktem Kontakt zu Betreuten und Patienten eine dritte Impfdosis angeboten werden, wie die Stiko am Donnerstag mitteilte. Die Stiko verwies zur Begründung darauf, dass der Impfschutz nach einer zweimaligen Grundimmunisierung mit der Zeit nachlasse.

Laut Stiko sollen zudem Personen, die mit Johnson&Johnson geimpft wurden, eine zusätzliche mRNA-Impfstoffdosis erhalten. Die Wirksamkeit gegen die vorherrschende Delta-Variante sei bei Johnson&Johnson im Unterschied zu den anderen Corona-Impfstoffen vergleichsweise gering und die Zahl der sogenannten Impfdurchbrüche hoch, hieß es. Letztlich sei der Impfschutz „ungenügend“. *afp*

KOMMENTAR

*Matthias Korfmann
zur Fluthilfe*



**Personallöcher
nicht zu stopfen**

Die Hilfe für die Betroffenen der Flutkatastrophe in NRW ist großzügig bemessen. Leider ist der Online-Antrag offenbar so kompliziert, dass viele Bürger, vor allem Ältere, daran verzweifeln. Die Landesregierung scheut ein schlichteres Verfahren, weil sie befürchtet, Gauner könnten Geld abgreifen – eine Lehre aus der Corona-Wirtschaftshilfe. Die existenzielle Not der Betroffenen in den Flutregionen ist aber größer als die der Landesregierung, womöglich einen guten Ruf als Wächter der Staatskasse zu verlieren. Die Hilfe sollte also „barrierefreier“ werden.

Besorgniserregender noch ist die personelle Schwäche der Bezirksregierungen (und die vieler Kommunalverwaltungen). Seit vielen Jahren und über mehrere Regierungen hinweg hält die personelle Ausstattung dieser Verwaltungen nicht mehr Schritt mit ihren Aufgaben. Zu den traditionellen Themen der Bezirksregierungen wie Schulverwaltung, Arbeitsschutz und Haushaltskontrolle kamen durch Flüchtlingskrise, Corona-Pandemie und Flutkatastrophe neue, große Herausforderungen.

Das Schlimme ist: Bis diese Personallücken gestopft sind, dürften noch Jahre vergehen.

ZITAT

**„Lachen lernt man
nicht, lachen
verlernt man nur.“**

Emanuel Wertheimer (1846 - 1916),
deutsch-österreichischer Philosoph

**Ampel-Sondierung
wird Montag vertieft**

Berlin. Nach ihrem ersten Dreier-Gespräch über eine Regierungsbildung wollen SPD, Grüne und FDP ihre Sondierungen am Montag vertieft fortsetzen. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil lobte nach mehrstündigen Beratungen die „ernsthafte Gesprächsatmosphäre“. FDP-Generalsekretär Volker Wissing sagte, es sei die Bereitschaft zu erkennen, gemeinsam Hürden zu überwinden. Er betonte zugleich, die drei Parteien verfolgten unterschiedliche Politikansätze. Auch die Grünen zeigten sich zufrieden mit dem Start der Sondierungen. „Es ist heute ein gutes Gespräch gewesen“, sagte Bundesgeschäftsführer Michael Kellner. Es sei eine „Vertrauensbasis“ vorhanden, das habe sich schon in den Zweier-Gesprächen gezeigt. *afp Bericht Politik*

**Große Sorge um den
Stahlstandort Duisburg**

Eindringliche Appelle an neue Bundesregierung

Essen. In Deutschlands Stahlindustrie grassiert die Sorge, dass die heimischen Hersteller beim Aufbau einer klimafreundlichen Produktion im internationalen Wettbewerb den Anschluss verlieren könnten. „Die Gefahr, dass uns andere Länder abhängen, ist real“, sagte IG-Metall-Vorstand Jürgen Kerner im WAZ-Doppelinterview mit Stahl-Präsident Hans Jürgen Kerkhoff. Kerner verwies auf Pläne in Schweden, wo sich der Autobauer Mercedes an einem Start-up zur Herstellung von grünem Stahl beteiligt.

Auch Branchenpräsident Kerkhoff betonte, es stehe viel auf dem

Spiel für den Industriezweig mit bundesweit rund 85.000 Beschäftigten und Europas größtem Stahlstandort in Duisburg.

Mit Blick auf die künftige Bundesregierung forderten Kerkhoff und Kerner schnelle Entscheidungen. „In einem 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung brauchen wir Planungssicherheit für Investitionen, um eine klimafreundliche Stahlindustrie aufzubauen“, sagte Kerner. Die IG Metall fordert einen staatlichen „Transformationsfonds“, der bis zum Jahr 2030 mit zehn Milliarden Euro ausgestattet sein sollte. *Interview Wirtschaft*

Anzeige

Landurlaub in Deutschland

20 €
Rabatt für
Abonnenten

urlaubsbox

**Kurzurlaub für 2 Personen mit
2 Übernachtungen im Doppelzimmer**
Inkl. Frühstücksbuffets, Wertgutschein für weitere
Hotelleistungen, Hotel und Termin zur freien Auswahl,
kostenloser Buchungsservice u. v. m.

Erhältlich online: **waz.de/shop** oder telefonisch: **0 800 / 60 60 710***

*kostenfrei